

Informationsvorlage

Vorlage Nr.: IV/0199/2016

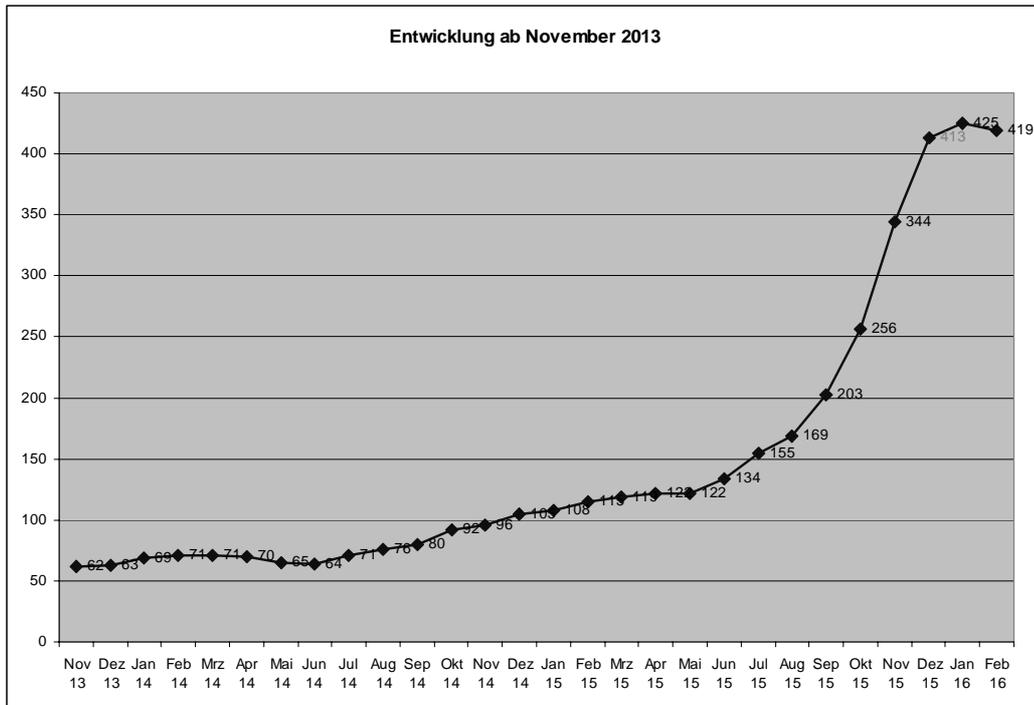
Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Rat der Stadt	10.03.2016	Kenntnisnahme

Sachstandsbericht zur Situation von Asylbewerbern in Radevormwald

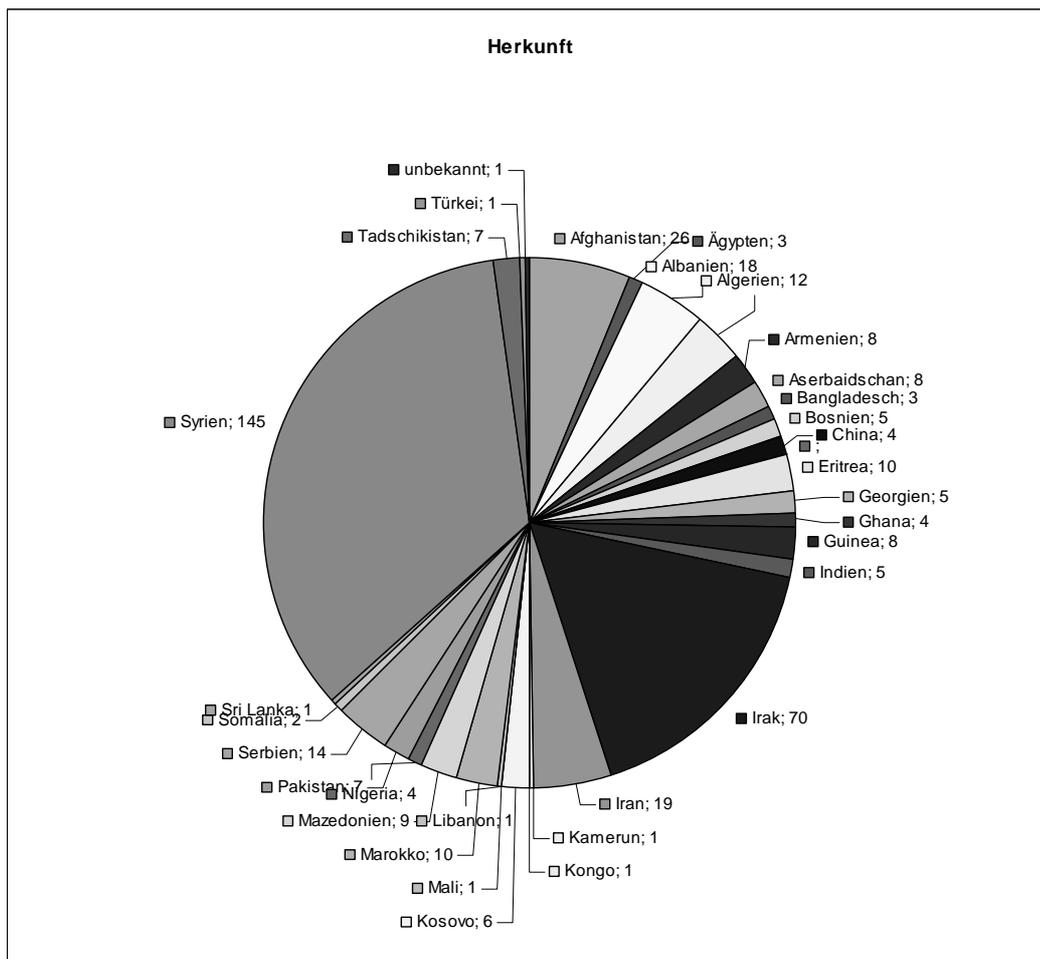
Erläuterung:

In der Stadt Radevormwald wurde insbesondere im vergangenen Jahr eine erhebliche Zahl an Flüchtlingen und Asylbewerbern aufgenommen. Aktualisierte Berichte des zuständigen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) prognostizieren weiterhin massive ansteigende Flüchtlingszahlen. So hat sich die Zahl der Asylverfahren im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2014 mehr als verdoppelt (rd. +155 %). Im Jahr 2015 waren insbesondere die Herkunftsländer Syrien, Albanien und Kosovo am stärksten vertreten (rd. 55 %). Im Januar 2016 waren Syrien, Irak und Afghanistan mit rd. 76 % die häufigsten Herkunftsländer. Doch auch aus anderen Ländern reißen die Flüchtlingsströme nicht ab.

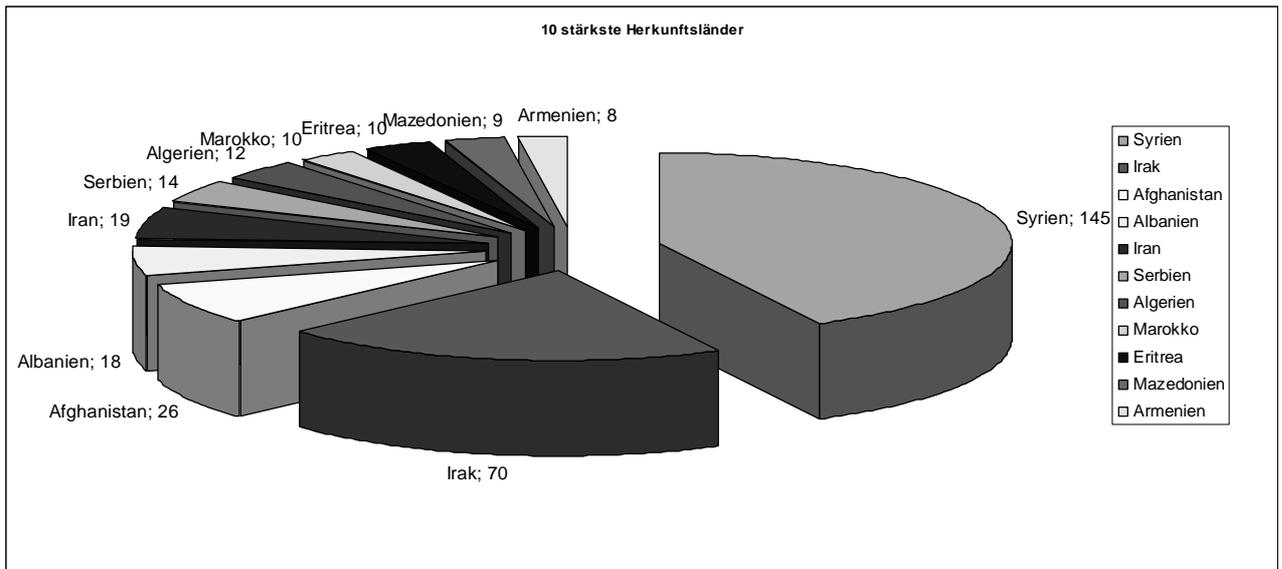
Seit dem letzten Bericht über die Situation im Bereich Asylbewerber in Radevormwald in der Sitzung am 15.12.2015 hat sich die Zahl der untergebrachten Personen entgegen den ursprünglichen Erwartungen nur geringfügig erhöht. Ging man zu diesem Zeitpunkt aufgrund der zuletzt erfolgten Zuweisungen von durchschnittlich 25 Personen/Woche noch von etwa 450 Personen zum Jahresende aus, so führte die Umsetzung der Ankündigungen auf Bundes- und Landesebene, zwischen Weihnachten und Neujahr auf Zuweisungen in die Kommunen verzichten zu wollen, tatsächlich zu einer kurzen Atempause und zu einem Jahresendstand von 413 Personen. Weiter führte auch die Feststellung, dass in NRW nicht alle Kommunen gleichermaßen die Zuweisungsquoten erfüllt haben, für Radevormwald zu einer weiteren geringeren Zuweisung in den ersten beiden Monaten des Jahres 2016, sodass erstmalig die Zahl der Anerkennungen und Ausreisen überwog. Ab März sollen die Zuweisungen wieder in vollem Umfang aufgenommen werden. Es ist also wieder mit einer weiter steigenden Zahl von aufzunehmenden Asylbewerbern und Flüchtlingen zu rechnen.



Die Anzahl der Herkunftsländer bleibt relativ konstant bei etwa 30 – 32 Nationen. Dabei machen die Herkunftsländer des Balkan (Albanien, Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Serbien) trotz effektiv höherer Personenzahl nur noch rd. 12 % der Gesamtpersonenzahl gegenüber rd. 37 % im August 2015 aus.



Die derzeit in Radevormwald am stärksten vertretenen Herkunftsländer sind Syrien, Irak, Afghanistan, Albanien, Iran und Serbien

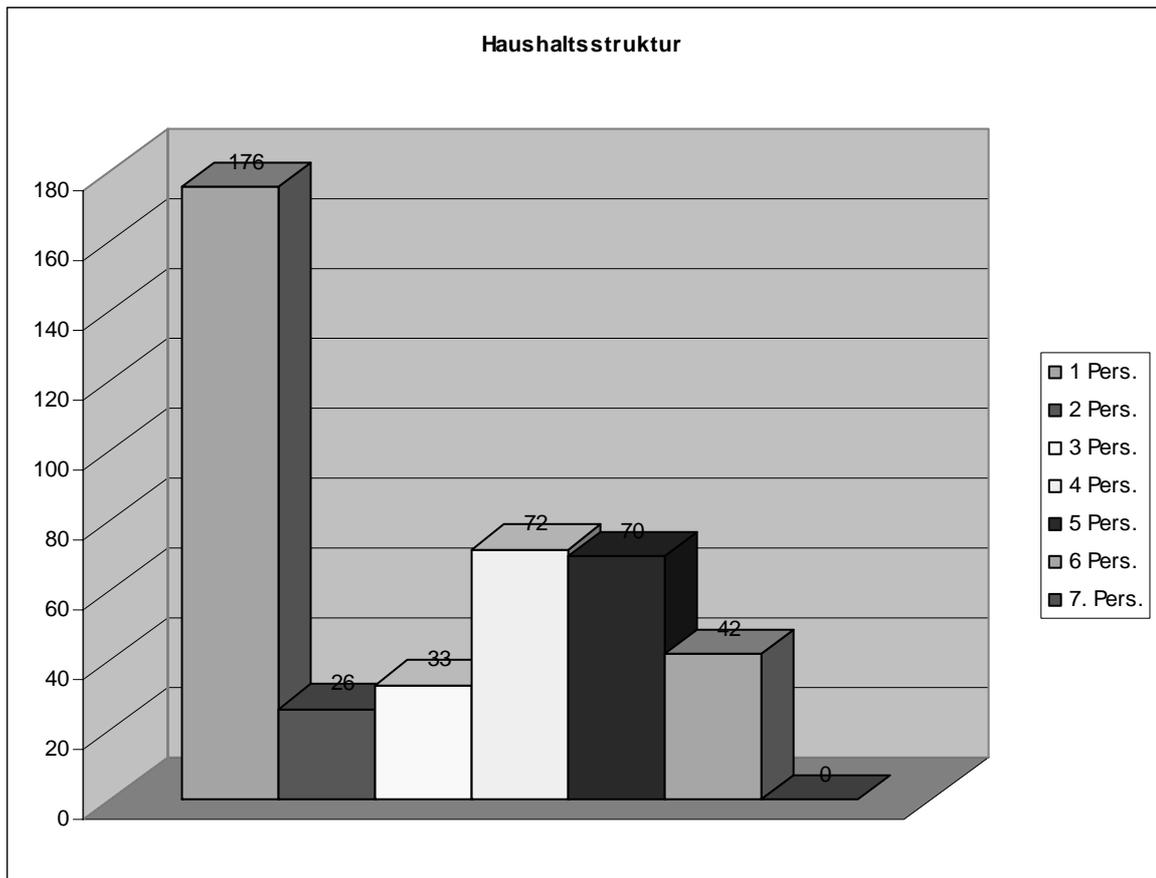


Die Altersstruktur der hier betreuten Personen setzt sich wie folgt zusammen:

bis 5 Jahre	49
6 - 10 Jahre	34
11 - 15 Jahre	38
16 – unter 18 Jahre	9
18 – unter 25 Jahre	89
25 – unter 40 Jahre	151
40 – 65 Jahre	46
darüber	3

An Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, sogenannten „UMF“ sind in Radevormwald momentan 12 Personen untergebracht.

Aktuell haben wir folgende Haushaltsstrukturen bei den hiesigen Asylbewerbern / Flüchtlingen:



Der Großteil sind nach wie vor männliche Einzelpersonen, wenn auch in letzter Zeit häufiger Familien zugewiesen wurden.

Die seit Sommer 2015 laufenden Informations-Kampagnen des Bundes in den Balkanländern um den Zustrom aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern einzudämmen führen zu einem leicht rückläufigen Anteil der von dort stammenden zugewiesenen Personen

Ob die weiteren vom Bund beschlossenen Maßnahmen zu einer langfristigen Abnahme der Anzahl zugewiesener Personen führen bleibt abzuwarten. Bis dahin ist jedoch klar, dass all die zigtausende Menschen die in der Zwischenzeit in die Bundesrepublik gekommen sind und noch kommen mit zeitlicher Verzögerung in die Kommunen zugewiesen werden. In näherer Zukunft kann daher noch nicht von einer Entspannung der Zuweisungssituation ausgegangen werden. Das bedeutet, dass auch in diesem Jahr wieder erhebliche Zuweisungen zu erwarten sind. Zwar kann, wie sich gerade in 2015 gezeigt hat, eine wirklich verlässliche Prognose von niemandem getroffen werden. Dennoch wird nun für weitere Planungen bis zum Ende des Jahres 2016 von insgesamt etwa 800 in Radevormwald unterzubringenden und zu betreuenden Personen ausgegangen.

Das stellt sowohl die Verwaltung als auch die Gesellschaft vor gewaltige Aufgaben.

Bereits jetzt ist die Unterbringung der zugewiesenen Menschen ein permanenter Balance-Akt. Das Objekt ehemalige Grundschule Neustraße ist ebenso wie das Objekt Am Gaswerk mit nahezu vollbelegt. Sämtliche verfügbaren städtischen Wohnungen wurden ebenfalls bereits mit Asylbewerbern belegt. Es werden stetig neue Wohnungen angemietet – derzeit 63 Wohnungen - doch ist auch hier zu erkennen, dass der Markt nicht mehr viele geeignete Wohnungen hergibt. Zur weiteren wohnlichen Versorgung muss daher mehrstufig gedacht werden.

Leider hat sich bei der geplanten Anmietung von weiteren über 30 Wohnungen durch Rückzug des ursprünglichen Investors Verzögerungen ergeben. Die Verwaltung steht derzeit mit einem neuen Investor in Verhandlungen.

Das ehemalige Schulgebäude Blumenstraße (36 Personen) befindet sich im Umbau und wird voraussichtlich Ende März in Betrieb genommen werden können.

Wohnungen im sozialen Wohnungsbau stehen nur begrenzt zur Verfügung. Hinzu kommt, dass durch die mittlerweile höhere Zahl von Anerkennungen der Asylbewerber bzw. Flüchtlinge diese die von hier bereitgestellten Unterkünfte verlassen und sich selbst um Wohnraum auf dem Wohnungsmarkt versorgen müssen. Auch dieser Personenkreis benötigt im sozialhilferechtlichen Sinne angemessenen Wohnraum. Das wird sich noch weiter verstärken, wenn die in der derzeitigen politischen Diskussion befindliche Residenzpflicht auch nach Anerkennung zum Tragen kommt. Folge wäre, dass mehrere Bevölkerungsgruppen um den Wohnraum konkurrieren werden (Stadt zur direkten Flüchtlingsunterbringung, anerkannte Flüchtlinge, Wohnberechtigungsscheininhaber, von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen).

Ein Instrument um dieser Situation zu begegnen wäre die Errichtung von zur Flüchtlingsunterbringung geeigneten Immobilien (z.B. mehrere Mehrfamilienhäuser mit je 4 – 6 Wohneinheiten). Das hätte den Vorteil, dass nach rückläufiger Flüchtlingsentwicklung ein solches Objekt der normalen Wohnnutzung zugeführt werden kann. Solche Projekte werden auch öffentlich gefördert.

Im Bereich der ehrenamtlichen Arbeit und der Kooperation zwischen Verwaltung und ehrenamtlichen Helfern hat der sog. Lenkungskreis Ende vergangenen Jahres die Arbeit aufgenommen und zwischenzeitlich bereits mehrfach getagt. Aufgabe des Lenkungskreises ist es, die unterschiedlichen Hilfen und Institutionen zu vernetzen und zu einer besseren Koordination beizutragen.

In Kooperation mit ehrenamtlichen Organisationen und Helfern sowie der Kreisvolkshochschule konnte das Sprachkursangebot erweitert werden. Hinzu kommt, dass für Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive bereits frühzeitige Berechtigung zum Besuch von Integrationskursen besteht. Allerdings steht dieser hohen Zahl berechtigter Integrationskursteilnehmer noch keine ausreichende Zahl an entsprechenden Kursen zur Verfügung. Hier sind die zuständigen Stellen dabei, die Kapazitäten zu erweitern.

Mittlerweile konnte das Team der Sozialarbeiter Asyl mit insgesamt 4 MitarbeiterInnen vervollständigt werden.

Im Bereich der Sachbearbeitung sind nach vorübergehender Ergänzung derzeit nur noch 2 Mitarbeiterinnen beschäftigt. Die vielfältigen Aufgaben im Verwaltungsbereich einschließlich Suche nach Unterkünften, Planung und Durchführung von Umsetzungen usw. können von den zwei Mitarbeiterinnen bereits bei den derzeitigen Personenzahlen von momentan 419 Personen nicht mehr geleistet werden. Um den Aufgaben im Sachgebiet Asyl gerecht werden zu können ist daher die Besetzung von 2 weiteren Stellen erforderlich. Auf den in der seinerzeitigen Ratssitzung definierten Personalschlüssel wird verwiesen.

Federführendes Dezernat:	Beteiligtes Dezernat:	Der Bürgermeister
Dez. II		